

Der Freisinn FDP

Nr. 1
Januar 1989
11. Jahrgang
Erscheint monatlich

Redaktion:
«Der Freisinn»
Postfach 2642, 3001 Bern
Telefon (031) 22 34 38

Inserate:
ofa Orell Füssli Werbe AG
Holbeinstrasse 30, 8022 Zürich
Telefon (01) 250 31 11

Herausgeber:
Freisinnig-Demokratische Partei der Schweiz (FDP)
Postfach 2642, 3001 Bern
Telefon (031) 22 34 38

Das Ausland und unsere Armee

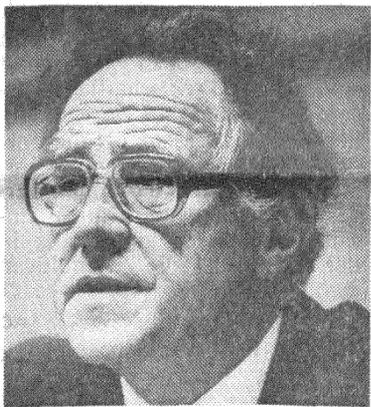
Schweizerisches Sicherheitskonzept «beispielhaft»

Alle Staatsmänner erklären, ihre Armee diene nur und nur der Verteidigung. Auch Adolf Hitler und der nicht minder ruchlose Josef Stalin haben solches immer wieder versichert. Wir Schweizer tun dasselbe. Wir sind aber – ohne chauvinistisch sein zu wollen – aus drei Gründen glaubhafter mit unserer Behauptung, es gehe uns nur um die Verteidigung. Diese Ansicht vertritt FDP-Nationalrat Dr. Felix Auer, Bottmingen BL.

Erstens haben wir eine Milizarmee, die überhaupt nicht am Volk vorbei zu einem Angriff geführt werden kann. Zweitens ist unser ganzes militärisches Konzept so angelegt, dass wir den Verteidigungskampf ausschliesslich in unserem Land führen können, verkrallt im Gelände, mit dem Land als Rückhalt und Versorgungsbasis. Drittens: Selbst unsere mechanisierten Divisionen können keinen Angriff über die Grenze hinaus führen. Dazu fehlt die notwendige riesige Logistik, die für den Einsatz solcher Kolosse erforderlich ist. – Das Ausland beurteilt dies ebenso.

Ein unverdächtiger Zeuge

Der international bekannte Friedensforscher Johan Galtung hat die sicherheitspolitische Konzeption der Schweiz als beispielhaft dargestellt: Eine Armee, die niemanden bedroht, aber den Frieden für ihr Land zu erhalten sucht!



Der nicht minder bekannte deutsche SP-Politiker und Abrüstungsexperte Egon Bahr, massgebend an der Ausarbeitung der deutschen Ostverträge beteiligt – also gewiss kein Militarist –, sagte vor einigen Monaten in einem Interview mit einem Journalisten aus der DDR: «Ich könnte mir vorstellen – das wäre sozusagen meine Idealvorstellung für einen Zustand in Europa –, dass die

Schweiz eine militärische Grossmacht würde. Das mag zwar ein bisschen übertrieben klingen, wäre aber der Fall, wenn die beiderseitigen Rüstungen so reduziert würden, dass es keine Angriffsfähigkeit mehr gäbe, weder eine des Ostens noch eine des Westens. Dann hätten wir den Zustand erreicht, den die Schweiz eigentlich schon hat. Niemand fürchtet einen von ihr ausgehenden militärischen Angriff.»

Anlässlich der Konferenz der Interparlamentarischen Union vom April 1988 in Guatemala ist der Gedanke der defensiven Militärkonzeption – unserem Beispiel folgend – in die Schlusserklärung aufgenommen worden. Ich bin nicht der Meinung, am schweizerischen Wesen müsse die Welt genesen. Aber zumindest unser Sicherheitskonzept dürften sich andere zum Vorbild nehmen. Es wäre ein erster Schritt zu einer weiteren Abrüstung. Diese würde sich quasi von selbst ergeben, ständen sich nur Defensivarmeen gegenüber.

Dimitri Moisejkenko von der Internationalen Abteilung des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei der UdSSR erklärte kürzlich zu unserer Initiative: «Nur wer ein Phantast ist, kann sich ein Land ohne Armee denken.»

Solange aber in Europa Armeen unter den Waffen stehen, die stark und die angriffsfähig sind und die andere bedrohen, solange dieses militärische Potential vorhanden ist, brauchen wir – leider – eine Armee. Sie hat den von uns gewollten Frieden zu verteidigen. Das aber soll und darf uns nicht hindern, durch zusätzliches Tun zu dessen Stärkung beizutragen.

Liebe Parteifreunde,

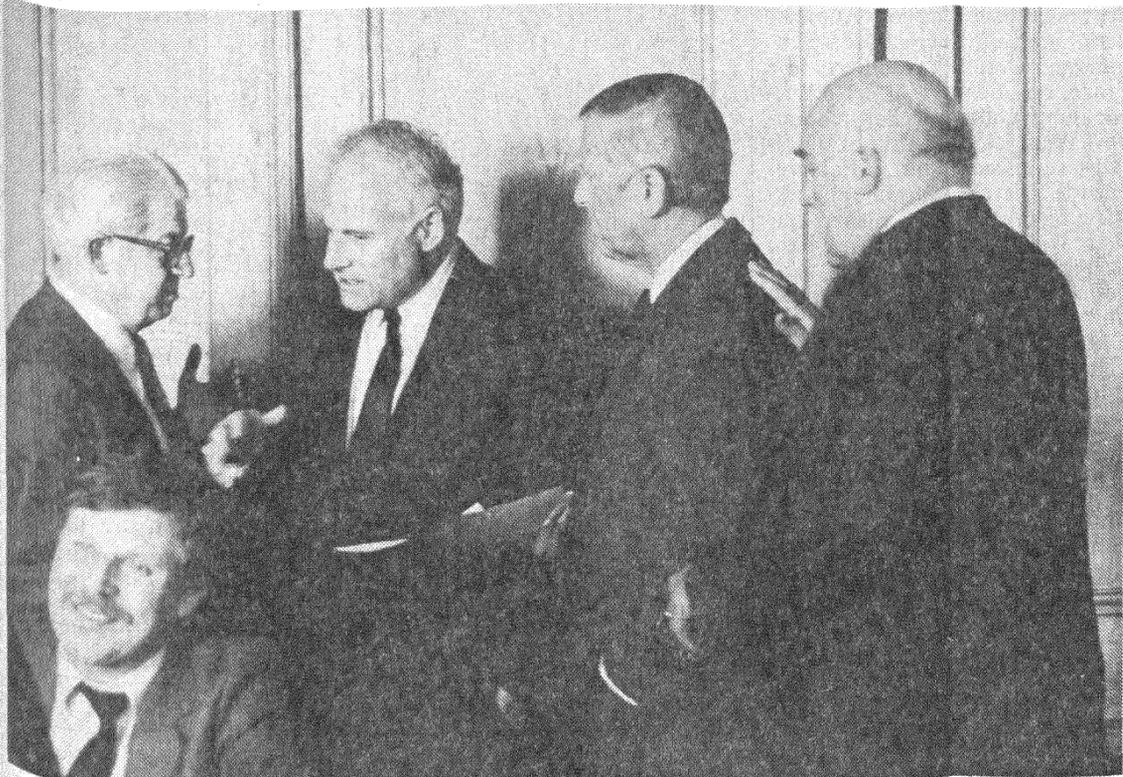
Wir stehen nicht nur als Freisinnige, sondern auch als Mitbürger immer noch unter dem Druck der jüngsten Ereignisse. In einer für schweizerische Verhältnisse ungewöhnlichen Dramatik hat die politische Laufbahn unserer ersten Bundesrätin ein brüskes Ende gefunden. Wir sind bewegt vom tragischen Ausgang einer Verwicklung auf persönlicher Ebene. Elisabeth Kopp wurden weder sachliche Kompetenz noch mangelnde Belastbarkeit zum Verhängnis, sondern eine menschlich nachfühlbare, politisch jedoch fatale Vertraulichkeit gegenüber ihrem Gatten. Wir haben vom Rücktritt mit Bedauern, aber auch mit Verständnis Kenntnis genommen. Unsern Respekt erheischt Elisabeth Kopp auch darüber, dass sie die volle Verantwortung übernommen und den für sie schweren Schritt getan hat.

Auch im Strudel der leidigen Ereignisse bleiben ihre Leistungen als Mitglied der obersten Landesbehörde unbestritten und dürfen nicht einfach beiseite geschoben werden. Sie hatte ihr Departement fest im Griff, leitete es kompetent und engagiert. Sie erwies sich in hohem Masse als belastbar und bewies eine beeindruckende Problemlösungs- und Führungsfähigkeit. Bundesrätin Elisabeth Kopp hat auch bleibende Pionierdienste für die volle Gleichberechtigung der Frauen geleistet. Und dies nicht nur auf rechtlicher, sondern auch politischer Ebene. Sicher auch in Ihrem Namen danke ich Frau Kopp für ihre Verdienste auf verschiedenen Stufen unseres Staates.

Partei- und Fraktionsleitung sind sich des Ernstes der politischen Lage bewusst und haben rasch und zielbewusst gehandelt. Sofort nach dem Ausscheiden von Frau Kopp aus dem Bundesrat sind klare, wegweisende Entscheide getroffen worden, insbesondere bezüglich der Einleitung einer parlamentarischen Untersuchung sowie der Klärung der Immunitätsfrage. Die Sitzung der Bundesratsparteien hat erst nachher stattgefunden. Im weiteren haben Geschäftsleitung und Delegiertenrat der Fraktion nachhaltig empfohlen, eine Einerkandidatur aufzustellen. Unsere Fraktion hat sich ihrerseits zu dieser Marschroute bekannt und eine klare, überzeugende Nomination vorgenommen. Mit Kaspar Villiger wird der Bundesversammlung nicht nur ein hochqualifizierter Bundesratskandidat vorgeschlagen, darüber hinaus auch eine Persönlichkeit, die beste Wahlchancen besitzt und der Landesregierung sehr wohl anstehen würde.

Das im Strudel der dramatischen Ereignisse seit dem 9. Dezember 1988 zum Teil verlorengewogene Terrain der Partei muss zurückgewonnen werden. Dazu ist die Parteileitung auf die Unterstützung eines jeden Parteimitgliedes angewiesen. Also auch auf Ihre. Ich danke Ihnen für Ihr Engagement im Interesse unserer gemeinsamen freisinnigen, liberalen Sache.

Freisinnig-Demokratische Partei
der Schweiz (FDP)
Der Präsident:
Bruno Hunziker



Engagierte Diskussion unter freisinnigen Nationalräten (v. l. n. r.): Willy Loretan (AG), Ulrich Fischer (AG), Peter Spälti (ZH) und Fraktionspräsident Ulrich Bremi (ZH). Sitzend vorne links: FDP-Nationalrat Urs Scheidegger (SO). (Photo ruti)

Teuerung als Gefahrenpotential

Abgeschwächtes Wachstum zu erwarten

Erstens kommt es anders, und zweitens als man denkt – so ist man versucht auszurufen, wenn die Prognosen für das Wirtschaftsjahr 1988 nun mit der tatsächlichen Entwicklung verglichen werden. Eine zusammenfassende Lagebeurteilung durch Peter Morf:

Die in ihrer Grundausrichtung alle ähnlich lautenden Prognosen wurden von der Realität in einem Masse zerzaust, das in den vergangenen Jahren seinesgleichen sucht. Wurde Ende 1987 von den schweizerischen Prognoseinstituten ein reales Wachstum des Bruttoinlandproduktes (BIP) von rund 1–1,5% prognostiziert, so beläuft es sich nun tatsächlich auf gegen 2,7%! Im Banne des Börsencrash wurden alle Prognosen einhellig nach unten revidiert, auch international mochte man nicht mehr an eine Konsolidierung des Wachstumsrhythmus glauben.

Dennoch optimistisch

Für das laufende Jahr sehen nun wiederum praktisch alle Institute (mit Ausnahme des optimistischen Centre de recherches économiques appliqués aus Lausanne) eine gewisse Abschwächung des Wirtschaftswachstums. Die Bandbreite der BIP-Prognosen ist deutlich grösser als vor Jahresfrist, sie schwankt zwischen 2,7% und 1,8%. Die zu erwartende leichte Abschwächung des Wachstums ist jedoch nicht als Spätfolge des Börsencrash zu werten. Zum einen sind die Kapazitäten vor allem im In-, aber

auch im Ausland gut ausgelastet, wodurch das Wachstum limitiert wird. Zum anderen haben wir es mit einem «alternden» Aufschwung zu tun. In dieser Phase sind in der Regel geringere Wachstumsraten zu erwarten.

Die Stützen des Wachstums

Die wichtigsten Stützen des Wachstums, darin herrscht weitgehende Einigkeit, werden im laufenden Jahr die Anlageinvestitionen sowie die Aussenhandel sein. Im Investitionsbereich ist sowohl beim Bau als auch bei den Ausrüstungen eine weiterhin überdurchschnittliche Dynamik zu erwarten. Auf Grund des anhaltenden technologischen Wandels und der aussergewöhnlich hohen Auslastung der technischen Kapazitäten ist vor allem im Ausrüstungsbereich mit hohen Raten zu rechnen. Im Aussenhandel sorgt das gute internationale Investitionsklima für eine Fortsetzung der über Erwartungen positiven Entwicklung des vergangenen Jahres.

Ein besonderes Augenmerk verdient bei der Würdigung der diesjährigen Prognosen die erwartete Teuerung. Für das Jahr 1988 dürfte sie sich auf knapp 2% belaufen, sie entspricht damit ungefähr den zuvor für diese Grösse

abgegebenen Prognosen. Für das laufende Jahr wird nun eine Beschleunigung auf gegen 3% erwartet, was zwar noch nicht als dramatisch zu beurteilen ist, jedoch eine erhöhte Wachsamkeit erfordert. Diese Beschleunigungstendenz ist eher noch ausgeprägter auf internationaler Ebene feststellbar. Sie ist nicht zuletzt auch Ausdruck derselben Phänomene, welche zur erwarteten allgemeinen Wachstumsabschwächung führen.

Konsument muss mehr bezahlen

Für den Konsumenten schlägt sich die akzentuierte Teuerung etwa in höheren Krankenkassenprämien, höheren Bahn- und Posttarifen, teurerer Elektrizität und höheren Motorfahrzeugsteuern nieder. Für die Unternehmen kostenrelevant sind zudem auch die gewährten Reallohn erhöhungen. Die Nationalbank trägt diesen Entwicklungen insofern Rechnung, als sie das Geldmengenziel für das laufende Jahr wieder auf 2% reduziert hat. Angesichts der allgemein eher rückläufigen Geldnachfrage ist davon jedoch noch keine Bremswirkung zu erwarten. Die Notenbank behält sich richtigerweise vor, gegebenenfalls mittels einer restriktiveren Geldpolitik dezidiertes Gegensteuer zu geben.

Auf Grund der vorliegenden Prognosen ist generell ein recht positives Wirtschaftsjahr zu erwarten, mit einer Rezession ist nicht zu rechnen. Die Glaubwürdigkeit der Prognosen ist zweifellos höher als vor Jahresfrist, sind doch wirtschaftliche Turbulenzen im Ausmasse des Börsencrash im vergangenen Jahr weitgehend ausgeblieben. Dennoch ist bei der Interpretation natürlich die nötige Vorsicht geboten.

Zur Frage von Firmenzusammenschlüssen

Nötig oder unnötig?

Firmenzusammenschlüsse, -beteiligungen und -kooperationen hängen eng mit dem wirtschaftlichen Strukturwandel zusammen. Auf diesen Sachverhalt geht unser Beitrag ein:

Rascher technischer Fortschritt, wachsende Ausgaben für Forschung und Entwicklung, Marktanteilsveränderungen in teilweise stagnierenden Märkten und Internationalisierungen der Marktbeziehungen stellen manche Unternehmen vor Herausforderungen, welchen sie nicht immer aus eigener Kraft begegnen können. Je nach strategischen Erwägungen streben daher viele Unternehmungen verschiedene Grade der Unternehmenszusammenarbeit an, die mehreren Zwecken dienen kann.

Risiken vermindern

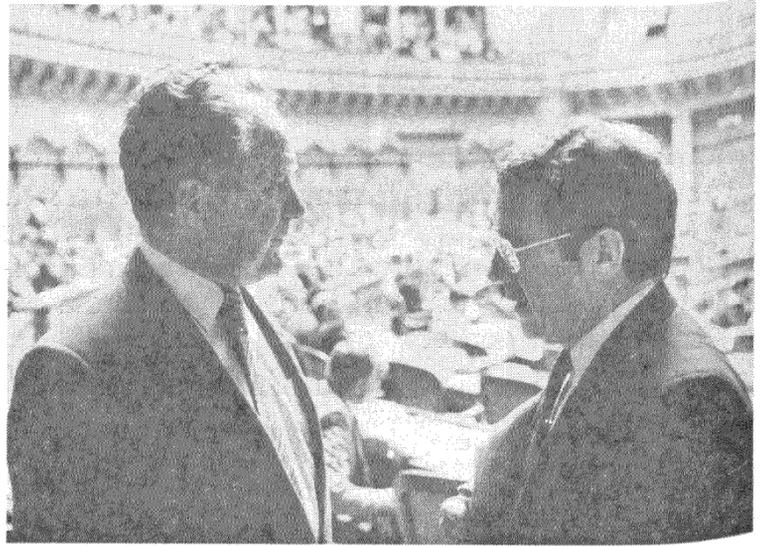
Beispielsweise geht es darum, fehlende Finanzkraft und mangelndes Know-how zur Vornahme umfangreicher Investitionen bzw. zum Vorstoss in neue Marktfelder auszugleichen. Ferner gilt es oft dem höheren Misserfolgsrisiko im Bereich der Forschung und Entwicklung entgegenzutreten, das durch die sinkende Lebensdauer der Produkte bei steigenden zeitlichen und finanziellen Forschungsaufwendungen entsteht. Auch spielen als volkswirtschaftliche Ursachen die Stagnation und die Strukturprobleme auf einigen Märkten eine Rolle, die ein verstärktes Streben nach Marktanteilsänderungen über Firmenzusammenschlüsse bewirken. Schliesslich legen auch die Internationalisierungen der Marktbeziehungen oft ein (grenzüberschreitendes) Zusammengehen nahe, nachdem sich die Enge des heimischen Marktes oft als Hemmnis für ein weiteres Fir-

menwachstum auswirkt und der europäische Binnenmarkt eine Internationalisierung der Marktbearbeitung erfordert.

Mögliche volkswirtschaftliche Folgen

Firmenzusammenschlüsse und -beteiligungen – vor allem auf gleicher Marktstufe – haben oftmals eine Erhöhung der Branchenkonzentration zur Folge, indem sich die Anzahl Anbieter vermindert und deren Grösse zunimmt. Daraus resultiert die Frage, ob und wie weit diese Entwicklung volkswirtschaftlich unvorteilhaft ist, das heisst zu Wohlfahrtsverlusten führt. Entsprechende wissenschaftliche Untersuchungen brachten bisher nur sehr widersprüchliche Resultate hervor. Dies verwundert angesichts der vielfältigen volkswirtschaftlichen und betriebswirtschaftlichen Gründe für Firmenzusammenarbeit nicht. Wohlfahrtsvermindern durch Unternehmenskonzentration lassen sich gemäss der Theorie nur in einer stationären Wirtschaft mit vollständiger Konkurrenz vieler Anbieter und wenig differenzierten Produkten eindeutig identifizieren; sie resultieren meist in zu hohen Preisen für die Produkte bei verminderter mengenmässigem Angebot.

In der Praxis befindet sich die Schweizer Wirtschaft jedoch in dem geschilderten raschen Wandlungsprozess und bringt sehr zahlreiche hochdifferenzierte, hochtechnisierte und kapitalintensive Produkte hervor. Soll sie dabei ein wirtschaftliches Wachs-



Bundesrat Arnold Koller im Nationalratssaal im Gespräch mit dem freisinnigen Schwyzer Volksvertreter Karl Weber (links). (Foto rufi)

tum erzeugen, ist es notwendig, die Errungenschaften des technischen und organisatorischen Fortschritts rasch in wirtschaftliche Leistungen umzusetzen.

Konsequenzen auch für die Schweiz

Dies lässt sich aber oftmals nur über Zusammenschlüsse bewerkstelligen. Hinzu kommt, dass die globale Konkurrenz um Marktanteile auch in Zukunft stark zunehmen wird. Der Hauptgrund hierfür liegt in der rasanten Steigerung der Kosten für die Bereitstellung konkurrenzfähiger Produkte, die sich nur dann rechtfertigen lassen, wenn Produkte zu berechenbaren Margen auf einem Markt mit recht hoher Sicherheit wirtschaftlich absetzbar sind. In einer dynamischen Wirtschaft sind demnach wirtschaftlich grössere Einheiten mit einer erheblichen Marktpräsenz für die Förderung des Strukturwandels unabdingbar. Auch darf nicht vergessen werden, dass allen Zusammenschlüssen zum Trotz in der Schweiz die vielfältigen

Klein- und Mittelbetriebe zahlen- und beschäftigungsmässig nach wie vor überwiegen.

BVG-Vollzug vereinfachen

Der Vollzug des Bundesgesetzes über die berufliche Vorsorge (BVG) soll vereinfacht werden. Dies fordert in einem mit 100 Unterschriften versehenen Vorstoss Nationalrat Heinz Allenspach. Der Zürcher Freisinnige begründet seinen Vorstoss damit, dass der Vollzug des BVG zunehmend Schwierigkeiten bereite und es werde in aller Offenheit von einer Vollzugskrise gesprochen. Mit einer Vereinfachung der Vollzugsverordnungen sollte deshalb nach Ansicht von Nationalrat Allenspach nicht zugewartet werden, bis die vorgesehene BVG-Revision abgeschlossen sei. Eine Vollzugsverträglichkeitsprüfung der gegenwärtigen Bestimmungen könnte zudem wertvolle Erfahrungen für die Revision ergeben.

Gegen Abrücken von der allgemeinen Wehrpflicht

Stellungnahme des freisinnigen Militärausschusses

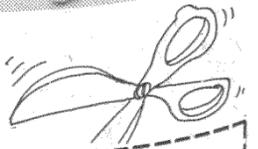
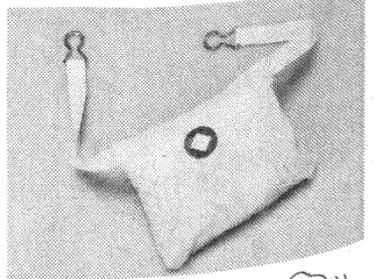
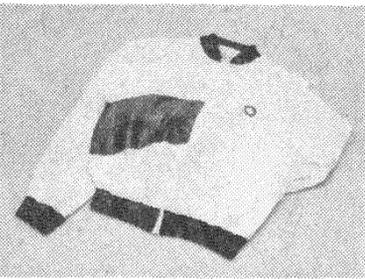
Zur Wahrung des Friedens, ihrer Unabhängigkeit und ihrer Handlungsfreiheit wie zum Schutz der Bevölkerung braucht die Schweiz nach wie vor eine starke Armee. Diese Ansicht äusserte Divisionär Paul Rast, Unterstabschef Planung, vor dem Ausschuss für Militärpolitik der Freisinnig-Demokratischen Partei der Schweiz. Dass vom Milizsystem und von der allgemeinen Wehrpflicht nicht abgerückt würde, sei ebenso selbstverständlich wie die Tatsache, dass sich der Ausbau der Armee nicht nur auf die Rüstung beschränken könne, sondern der Erhaltung des Wehrwillens sowie der Ausbildung und Führung in Zukunft noch grösseres Gewicht beigemessen werden müsse.

Das Problem des durch die geburtenschwachen Jahrgänge bedingten Rückganges der Bestände in der Heeresklasse Auszug kann nach Auffassung von Divisionär Rast durch Verschiebung der Altersgrenze im Auszug und die Bildung von zwei Heeresklassen ab Mitte der neunziger Jahre gelöst werden. Da an der Gesamtdienstdauer von 49 Wochen nicht gerüttelt werden soll, wird dies Auswirkungen auf den Ausbildungsrhythmus haben. In dem von Nationalrat Dr. Willy Loretan (Kanton Aargau) präsidierten freisinnigen Ausschuss für Militärpolitik stiessen die Ausführungen des Referenten auf Zustimmung. Insbesondere wurde hervorgehoben, dass die Schweiz nach wie vor eine starke Armee brauche, um allen möglichen Bedrohungsformen entgegenzutreten zu können und glaubwürdig zur Kriegsverhinderung beizutragen.

Ideal zu jeder Jahreszeit

Praktisch und bequem ...

ist die FDP-Regenjacke. Und darüber hinaus jeder Jahreszeit angepasst. Denn sie eignet sich für Wanderungen immer, wenn das Wetter nicht ganz sicher ist. Der Windblouson ist aus Nylon mit Strickborten. Er kann – wie das Bild zeigt – klein zusammengerollt und in der eigenen Jackentasche um die Taille getragen werden. Er ist in verschiedenen Grössen erhältlich.



Bitte senden Sie mir Windblouson

... Grösse S

... Grösse M

... Grösse L

... Grösse XL

zum Preis von je Fr. 30.– (plus Verpackungs- und Versandkosten).

Vorname/Name

Strasse

PLZ/Ort

Datum

Unterschrift

Talon einsenden an: FDP-Generalsekretariat, Postfach, 3001 Bern. Danke.

Zwischen zwei parlamentarischen Jahren

Resultate und Absichten

Die parlamentarische Menufolge war im vergangenen Jahr reichhaltig. Ähnlich präsentiert sich die Menüplanung für das begonnene. Eine Bilanz und Vorschau von Nationalrat Ulrich Bremi (Zollikon ZH), Präsident der Freisinnig-Demokratischen Fraktion der Bundesversammlung.

Gesamthaft gesehen darf festgehalten werden, dass 1988 in den eidgenössischen Räten aus bürgerlicher Sicht gute Arbeit geleistet worden ist. Dies gilt insbesondere für die grösste Gruppierung in der Bundesversammlung: Die Freisinnig-Demokratische Fraktion setzte nicht nur in der Parlamentsarbeit Akzente, sondern – und das ist letztlich entscheidend – auch bei der Bildung von Mehrheiten; in befürwortendem wie ablehnendem Sinne.

Staulage

Trotz dem respektablen Leistungsausweis der eidgenössischen Räte darf nicht darüber hinweggesehen werden, dass im vergangenen Jahr der Pendenzenberg noch höher geworden ist. Insbesondere der Nationalrat droht allmählich bezüglich hängiger Geschäfte in eine Staulage zu geraten. Um ihr ausweichen zu können, braucht es aber nicht mehr Sondersessionen, da damit höchstens Anreize für weitere parlamentarische Vorstösse geschaffen werden. Es bedarf eines wirkungsvolleren Ratsbetriebes. Nicht zu dessen Beschleunigung trägt beispielsweise bei, wenn Diskussionen, die bereits auf Kommissionsebene geführt wurden, im vollen Umfange im Rats-



Ständekammer als Zweitrat die der Fraktion nötig erscheinenden Korrekturen anbringt und den Entwurf insbesondere auf seine wirtschaftspolitische Wirkung hin prüft.

Freisinnige Erfolge in der Finanzpolitik

Eine das übliche Mass an Geschlossenheit zwischen den vier Bundesratsparteien übertreffende Situation war bei der Behandlung der Legislatur- und Finanzplanung des Bundesrates für die Jahre bis 1991 festzustellen. Verschiedene gewichtige Richtlinienmotionen konnten auf die Unterstützung der vier Regierungspartner zählen. Die freisinnige Fraktion vermochte dem Bundesrat in seinen Vorstellungen zur zukünftigen Politik weitgehend zu folgen, erwartet aber weniger, dafür besser vorbereitete und durchdachte Gesetze.

Klare Vorbehalte wurden von freisinniger Seite gegenüber der Finanzplanung erhoben und ein weiteres Auseinanderklaffen der Ausgaben- und Einnahmenschere abgelehnt. Unmissverständlich brachte die FDP-Fraktion zum Ausdruck, dass sie nicht gewillt ist, vom Postulat der Haushaltsdisziplin und von jenem nach

einer Stabilisierung der Staatsquote abzuweichen.

Beim Jahreswechsel konnte sich die FDP, zusammen mit den Steuerzahlern, über den Erfolg ihrer finanzpolitischen Anstrengungen freuen: Denn Anfang Jahr trat das «Sofortprogramm» zur direkten Bundessteuer in Kraft. Zusammen mit der gleichzeitigen Ausmerzung der kalten Progression bringt es eine Entlastung der Steuerpflichtigen um 900 Millionen Franken jährlich. Doppelter Erfolg für die FDP deshalb, weil das «Sofortprogramm» Ergebnis der von der Partei eingereichten Initiative «für ehe- und familiengerechtere Bundessteuern» ist und weil sie die Ausmerzungen der kalten Progression tatkräftig und nachhaltig unterstützte. Von den steuerlichen Erleichterungen profitieren insbesondere Ehepaare, Familien sowie die Bezüger mittlerer Einkommen; gleichzeitig hat keine Steuerkategorie mehr Steuern an die Eidgenossenschaft zu entrichten.

Zahlreiche verabschiedete Geschäfte

Bemerkenswert lang fällt die Liste der durch die eidgenössischen Räte verabschiedeten Geschäfte aus. Entgegen allen Unkenrufen konnte einiges unter Dach gebracht werden. Landwirtschaftliche Vorlagen wurden ebenso behandelt wie verkehrs- und militärpolitische Fragen erörtert. Auf Zustimmung stiessen – um einige Beispiele zu nennen – ein Lohnpaket für das Bundespersonal, die Vorlage für die 700-Jahr-Feier der Eidgenossenschaft, die Weiterführung der Massnahmen zur Walderhaltung und das neue Volkszählungsgesetz.

Keine Gnade fanden hingegen zahlreiche Volksbegehren: die Kleinbauern-Initiative, die sechste Überfremdungs-Initiative wie die Arbeitszeit-Initiative, über die letzten beiden wurde bereits abgestimmt. Zur Armeeausschaffungs-Initiative hat der Nationalrat bereits deutlich Nein gesagt; es ist nicht daran zu zweifeln, dass der Ständerat in der kommenden ausserordentlichen Session diesem Schritt folgen wird.

Apropos Abstimmungen: Das vergangene Jahr hat gezeigt, dass entgegen oft aufgestellten Behauptungen die Meinungen zwischen Parlament und Souverän nicht derart divergierten, dass dies zu Aufsehen mahnen würde. Von den vier im Jahre 1988 zur Abstimmung gelangten Initiati-

ven lautete bei allen die Abstimmungsempfehlung von National- und Ständerat auf Ablehnung; Volk und Stände folgten den Anträgen. Beim fünften Abstimmungsgeschäft, der Vorlage über die Koordinierte Verkehrspolitik (KVP), der die Räte mit geringer Begeisterung – und insbesondere weitestgehender Stimmenthaltung der Freisinnigen – beipflichteten, gab es ein knappes Nein.

Die freisinnigen Schwerpunkte für 1989

Aus freisinniger Sicht stechen im politischen Menüplan für das Jahr 1989 vier Hauptgerichte hervor: der Bericht des Bundesrates über die Stellung der Schweiz im europäischen Integrationsprozess, die Medienpolitik, die Gesundheits- und Sozialpolitik sowie die finanzielle Situation der SBB. Aller vier Geschäfte hat sich die FDP-Fraktion besonders angenommen oder wird es noch tun. Zum bundesrätlichen EG-Bericht hat sie bereits ein ausserwirtschaftliches Positionspapier erarbeitet, das über «Brüssel» hinaus-schaut und globale ausserwirtschaftliche Überlegungen anstellt. Sowohl dem Radio- und Fernsehgesetz wie dem Fernmeldegesetz, die beide dieses Jahr vom Nationalrat behandelt werden sollen, wird die Fraktion eine Schwerpunktsitzung widmen und eigenständige Positionen erarbeiten. Dasselbe gilt für die Gesundheits- und Sozialpolitik, wo die Revision der Krankenversicherung bereits in den Räten hängig ist, während allseits gespannt auf die bundesrätlichen Vorschläge zur 10. AHV-Revision gewartet wird. Zu Aufmerksamkeit mahnt die finanzielle Entwicklung der SBB, der nach freisinniger Ansicht nicht tatenlos zugeschaut werden kann. Die Fraktion will deshalb nach Möglichkeiten suchen, dass die SBB wieder vor einer besseren finanziellen Zukunft stehen und dass ihre Marktchancen steigen, insbesondere auch aus Umweltüberlegungen.

Die Freisinnig-Demokratische Fraktion der Bundesversammlung hat in den fünf Sessions seit Beginn der laufenden Legislaturperiode bemerkenswerte Arbeit geleistet und dank ihrer Geschlossenheit in ihr wichtig erscheinenden Sachfragen ihren Standpunkt durchgesetzt. Die Fraktion hat Flagge gezeigt und ist für eine Politik eingetreten, die Resultate bringt. Sie wird dies auch im laufenden Jahr tun.

Lieber Leser

Nicht nur die FDP, sondern die ganze Schweizer Bevölkerung steht immer noch im Banne der Ereignisse um Elisabeth Kopp. Partei- und Fraktionsleitung hatten wie das Generalsekretariat in den vergangenen Wochen und Tagen nicht nur den Medien, sondern auch zahlreiche Parteimitgliedern Red und Antwort zu stehen. Klar wurde dabei zum Ausdruck gebracht, dass nach diesen dramatischen Entwicklungen weder die Leistungen von Frau Kopp als Mitglied der obersten Landesbehörde einfach negiert noch die Handlungsfähigkeit von Partei und Fraktion tangiert werden können. Auf Seite 1 dieser Ausgabe geht Parteipräsident Ständerat Dr. Bruno Hunziker auf die dramatischen Geschehnisse seit dem 9. Dezember ein.

Diese «Freisinn»-Ausgabe sollen Sie am 1. Februar erhalten haben. An jenem Tag, da die Vereinigte Bundesversammlung die Ersatzwahl in die Landesregierung trifft. Aus verständlichen Gründen können wir Ihnen das neue freisinnige Mitglied des Siebner-Gremiums nicht als Neugewählter im Bild vorstellen. Sie finden jedoch in dieser Ausgabe auf Seite 5 einige Photos über die Nomination in der FDP-Fraktion der Bundesversammlung, worauf auch der neue Bundesrat zu erkennen ist...

Auch im Strudel der jüngsten Ereignisse geht für Partei und Fraktion das politische Leben weiter. Darauf nimmt in einem Beitrag auf dieser Seite Fraktionspräsident Nationalrat Ulrich Bremi Bezug, künftige freisinnige Parlamentsarbeit skizziert und zugleich Rückblick hält auf das abgelaufene Parlamentsjahr.

Als eine der ersten Parteien hat sich die FDP intensiv mit dem Themenbereich Fortpflanzungsmedizin/Gentechnologie auseinandergesetzt. Die Überlegungen einer Arbeitsgruppe für eine liberale Fortpflanzungsmedizin wurden im Herbst des vergangenen Jahres vom Delegiertenrat der Partei nach einer intensiv geführten Diskussion gutgeheissen. An der jüngsten ausserordentlichen Delegiertenversammlung der Partei sind diese nun einlässlich einem breiteren Interessentenkreis vorgestellt und erläutert worden. Über diese informative Arbeitstagung finden Sie in dieser Ausgabe auf Seite 7 einige Aufnahmen, die die engagierte Auseinandersetzung mit dieser – sowohl gesellschaftlich wie politisch – schwierigen Materie unter Freisinnigen belegen.

Im Vorfeld der eidgenössischen Abstimmung über die sogenannte Stadt-Land-Initiative wurden gerade auch von freisinniger Seite Massnahmen gegen die Bodenspekulation gefordert. Den Worten sind Taten gefolgt, wie Sie dieser «Freisinn»-Nummer auf Seite 6 entnehmen können. Ebenfalls wird in dieser Ausgabe (Seite 6) eine Vorschau auf das eidgenössische Abstimmungsjahr 1989 vermittelt, die allerdings mit Vorbehalten bezüglich der Termine aufzunehmen ist, da der Bundesrat noch nicht über die genaue Ansetzung der einzelnen Vorlagen entschieden hat.

Chr. Beusch

Parteitag

der FDP der Schweiz am 31. März/1. April in Neuenburg. Programm im nächsten «Freisinn».

plenium wieder aufgenommen werden. Dort geht es oft nicht mehr um Argumente, sondern um die Hoffnung, zitiert zu werden.

Energiepolitik: Parlament handelte

Nachdem in der Energiepolitik während Jahren nicht mehr gehandelt, sondern gewartet wurde und damit neue Tatbestände geschaffen wurden, handelten Parlament und Bundesrat im vergangenen Jahr: Die von bürgerlichen Parlamentariern in beiden Kammern eingereichte Motion auf «Nichtrealisierung» des Kernkraftwerkes Kaiseraugst löste nicht nur ein lebhaftes und widersprüchliches Echo aus, sondern brachte nach zwei Jahrzehnten Bewegung in die eidgenössische Energiepolitik. Der in der Frühjahrssession deponierte Vorstoss wurde bereits in der Herbstsession von beiden Räten als Postulat überwiesen, und innert kürzester Frist konnte die Landesregierung dem Parlament eine Vereinbarung vorlegen. Als erste Kammer pflichtete ihr der Ständerat im Dezember bei; die Volksvertreter werden in diesem Jahr darüber entscheiden.

Die freisinnige Fraktion ging nicht nur wohl vorbereitet in die Kaiseraugst-Debatte, sondern auch in die Auseinandersetzung um einen Energieartikel der Bundesverfassung. Sie hatte dazu mehrere Sitzungen durchgeführt und ein energiepolitisches Konzept aus liberaler Sicht erarbeitet. In der vom Nationalrat verabschiedeten Fassung konnte die FDP-Fraktion dem Vorschlag für einen Energieartikel nicht beipflichten. Sie erwartet, dass die



Unterschiedliche Meinungen zur vorgeschlagenen Teilrevision des Bundesgesetzes über die politischen Rechte wurden an einer Veranstaltung des Schweizerischen Freisinnig-Demokratischen Presseverbandes geäussert. Die Vorlage wurde vom Präsidenten der beratenden Expertenkommission, Vizekanzler François Couchepin (zweiter von links), vorgestellt. Ihre Meinungen zum Vorschlag äusserten aus der Sicht eines Nationalrates Urs Scheidegger (SO), links, sowie aus derjenigen eines Staatsschreibers eines grossen Kantons Franz Nuspliger (rechts). Das animiert verlaufene Gespräch wurde vom Präsidenten des Verbandes, «Landbote»-Chefredaktor Rudolf Gerber (zweiter von rechts), geleitet. (Photo ruti)

Boesch
Gartenbau 01 53 04 80
Unsere Stärke
grüne Werke

Die Sport-Toto-Gesellschaft

Die «Milchkuh» des Schweizer Sports

Im August 1988 feierte sie ihren 50. Geburtstag, die Sport-Toto-Gesellschaft in Basel, seit 1938 die finanzielle Hauptquelle des Schweizer Sports. Ein Bericht von Max Pusterla (Basel):

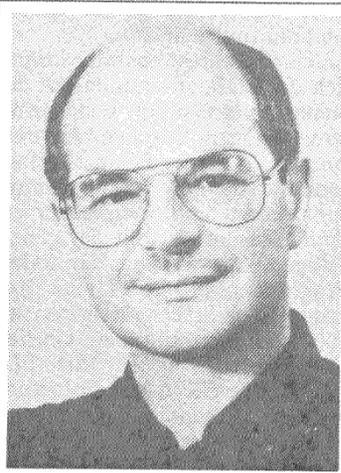
Wohl fliessen jährlich auch rund 30 Millionen staatliche Franken in den Sport, doch sind diese Gelder vorwiegend für die Institutionen Jugend+Sport, für den Betrieb der Eidgenössischen Turn- und Sportschule in Magglingen sowie für die Kaderausstellung in den Sportverbänden bestimmt.

Eine Milliarde Franken

Die Gelder, die für den eigentlichen Sportbetrieb und die Administration des Schweizerischen Landesverbandes für Sport, des Schweizerischen Olympischen Komitees sowie der Verbände und Vereine benötigt werden, stammen aus dem jährlichen Reingewinn der Sport-Toto-Gesellschaft. Im Jahre 1987 gelang-

ten 47,3 Millionen Franken für den Sport zur Verteilung. Statutengemäss gingen davon 25 Prozent, also 11,75 Millionen Franken, an den Schweizerischen Landesverband für Sport (SLS) und 75 Prozent, also 35,25 Millionen, an die Kantone.

In den 50 Jahren ihres Bestehens liess die Sport-Toto-Gesellschaft auf diese Weise eine Milliarde Franken in den Sport fliessen, 653 Millionen an die Kantone, 205 Millionen an den SLS, 61 Millionen an jene Sportverbände, die als «Lieferanten» der Parteien für die Toto-Wettbewerbe dienen, sieben Millionen flossen in die Stiftung Haus des Sport in Bern und 30 Millionen betrafen den Posten «Abgaben und Gebühren».



Max Pusterla, Chefredaktor «TIP Sportmagazin», Mitglied der FDP-Arbeitsgruppe Sport, 1980-1986 Präsident des Verbandes Schweizer Sportjournalisten, J- und S-Leiter, Mitglied Geschäftsleitung Basler FDP.

Toto: für Sport «das grosse Los»

Es ist also nicht übertrieben, wenn behauptet wird, dass der Toto das grosse Los des Schweizer Sports darstellt. Ohne die segensreiche Institution Sport-Toto hätte der Schweizer Sport vermutlich seine Unabhängigkeit vom Staat nicht behalten können. Ursprünglich erhielten nur vier Sportverbände - Turnen, Fussball, Ski und Schiessen - Bundes-subsidierungen. 1938, im Gründungsjahr der Sport-Toto-Gesellschaft waren dies bescheidene 214 900 Franken. 1960 durften erst elf Verbände am Subventionskuchen knabbern, und zehn Jahre später gelangten bescheidene 700 000 Franken an 16 Verbände zur Ausschüttung. Erst seit 1972, als das Schweizer Volk dem Bundesgesetz über Turnen und Sport zustimmte, haben alle dem SLS angeschlossenen Verbände Anrecht auf Bundesleistungen. Doch von den ursprünglich vorgesehenen fünf Millionen Franken blieben schliesslich nur 3,7 Millionen stehen. Ein Glück also, dass es den Sport-Toto gibt...

Die Sport-Toto-Gesellschaft ist keine Firma im Sinne des Wortes, sondern ein Verein gemäss Artikel 60 ff. des ZGB. Vertreten in diesem Verein sind die in der Interkantonalen Landeslotterie (ILL) vereinigten 18 Deutschschweizer Kantone ohne den Kanton Bern sowie der Kanton Tessin mit 10 Mitgliedern; der Kanton Basel-Stadt als Sitzkanton mit einem Mitglied; der Kanton Bern mit zwei Mitgliedern; die Kantone Freiburg, Waadt, Wallis, Neuenburg, Genf und Jura mit fünf Mitgliedern sowie die Sportorganisationen mit neun Mitgliedern. Oberstes Organ der Sport-Toto-Gesellschaft ist wie in jedem Verein die Generalversammlung, die die beantragte Gewinnverteilung der Toto-Gelder abzusegnen hat. Geführt wird die Sport-Toto-Gesellschaft von einer Geschäftsleitung, die ihrerseits von einem Geschäftsausschuss des Vorstandes «beauftragt» wird.

Besser denn je

Man kann nicht vom Sport-Toto reden, ohne auch das Zahlenlotto zu erwähnen, dessen technische Durchführung von der Sport-Toto-Gesellschaft vorgenommen

wird. Als 1970 das Schweizer Zahlenlotto eingeführt wurde, bestand die Gefahr, dass der Toto vom Lotto verdrängt würde. Umsatzrückgänge waren unvermeidlich. Doch die weitsichtigen Initianten von Toto und Lotto fanden mit der «Garantie des Besitzstandes» einen eleganten Ausweg aus dem sich abzeichnenden Dilemma, und dank den riesigen Umsätzen, die das Zahlenlotto erzielt, sowie der Beteiligung der Sport-Toto-Gesellschaft am Reingewinn der Gesellschaft Schweizer Zahlenlotto geht es der STG in Basel und damit dem Schweizer Sport besser denn je. Die Totogesellschaft erzielt zwar aus ihrem eigenen Geschäft, jenem der Sportwetten, nicht mehr die Umsatzzahlen, die vor der Einführung des Zahlenlotos erreicht wurden, doch wird dieses «Manko» durch den Anteil am Lotto-Reingewinn mehr als ausgeglichen.

Die Sport-Toto-Gesellschaft führt derzeit zwei Sportwetten durch: die Toto-Resultat-Wette und die Toto-X-Wette. Im Gegensatz zum Zahlenlotto-Spiel greift beim Sport-Toto keine unbeseelte Mechanik in eine Plexigaskugel, um sieben Zahlen zu ermitteln. Die Grundlage der Toto-Resultat-Wette bilden vielmehr Menschen, die als Mannschaften im sportlichen Wettkampf gegeneinander antreten. Erfahrungen vieler Jahre haben gezeigt, dass sich dazu der Fussball am besten eignet. Nicht nur weil er die beliebteste und weitestverbreitete Sportart bildet, sondern weil er durch sein einfaches Regelwerk, seine Unabwägbarkeit bezüglich des Spielausganges, seinen lange im voraus fixierten Spielplan und seine breite Abdeckung in den Medien dazu prädestiniert ist. Seit einigen Jahren werden in den Wintermonaten zusammen mit ausländischen Fussballmatches jeweils auch Spiele der Schweizer Eishockey-Meisterschaft in die Wettbewerbe einbezogen.

«Wage und spiele für sportliche Ziele»

Das Prinzip der Wette ist einfach und zugleich logisch, denn es entspricht in seiner Form dem in vielen Lebensbereichen gehegten Wunschenken des Voraussehens, gilt es doch den Ausgang von 13 Partien als Heimsieg, Unentschieden oder Auswärtssieg zu prognostizieren. Anders geht dies bei der Toto-X-Wette, die sowohl den Faktor des reinen Glücks-

Terminkalender 1989 der FDP der Schweiz

März	Session: 27. 2. bis 17. 3. 5. keine Eidgenössische Volksabstimmung
	31. Delegiertenrat (in Neuenburg)
	31. 3./ 1. 4. Delegiertenversammlung/Parteitag (in Neuenburg)
April	
	31. 3./ 1. 4. Delegiertenversammlung/Parteitag (in Neuenburg)
Juni	
	Session: 5. bis 23. 6. 4. Eidgenössische Volksabstimmung
	23. Delegiertenrat
September	
	Session: 18. 9. bis 6. 10. 1. Delegiertenrat
	2. a. o. Delegiertenversammlung (in Bern)
	24. Eidgenössische Volksabstimmung
Oktober	
	Session: 18. 9. bis 6. 10. 20. Delegiertenrat
	21. a. o. Delegiertenversammlung (in Bern)
November	
	Session: 27. 11. bis 15. 12. 26. Eidgenössische Volksabstimmung
Dezember	
	Session: 27. 11. bis 15. 12. 6. Vereinigte Bundesversammlung

Flagge zeigen

können Sie mit den gediegenen FDP-Accessoires und den originellen und farbenfrohen freisinnigen Kleinwerbmitteln, die auch für den persönlichen Gebrauch eingesetzt werden können. Ein FDP-Feuerzeug gibt beispielsweise am Stammtisch Gelegenheit zu einem Gespräch über freisinnige (und andere) Politik...

Anzahl/Artikel	Preis	Total
Seidenfoulard	Fr. 49.-	Fr.
Krawatte	Fr. 38.-	Fr.
Portefeuille	Fr. 44.-	Fr.
Armbanduhr blau	Fr. 48.-	Fr.
Solarrechner	Fr. 20.-	Fr.
Schirm	Fr. 35.-	Fr.
Doppelschirm	Fr. 48.-	Fr.
Doppelsportschirm (Klappsitzgriff)	Fr. 44.-	Fr.
Normalschirm	Fr. 35.-	Fr.
Stirnband/Pulswärmer-Set	Fr. 10.-	Fr.
Anstecknadel	Fr. 10.-	Fr.
Windblouson		
... Grösse S ... Grösse M ... Grösse L	Fr. 30.-	Fr.
T-Shirt		
... Grösse S ... Grösse M ... Grösse L	Fr. 18.-	Fr.
Sonnenhut	Fr. 1.20	Fr.
Wasserball	Fr. 1.50	Fr.
Feuerzeug, Schachtel à 10 Stück	Fr. 13.50	Fr.
Zündholzschachtel, Packung à 10 Stück	Fr. 2.-	Fr.
Kugelschreiber, Schachtel à 10 Stück	Fr. 6.-	Fr.
Kräuterbonbon, 1-Kilo-Dose	Fr. 15.-	Fr.
Erfrischungstüchlein, Packung à 100 Stück	Fr. 20.-	Fr.
Totalkosten		Fr.

+ Verpackungs- und Versandkosten

Name, Vorname

Strasse

PLZ/Ort

Unterschrift

Datum

Bitte in Blockschrift ausfüllen und senden an:

Generalsekretariat FDP der Schweiz, Postfach 2642, 3001 Bern

Der ist nicht wert des Weines, der ihn wie Wasser trinkt

Bodensted

Viel Liebe und Sorgfalt steckt in jedem Tropfen Wein. Die harte Arbeit des Weinbauern und die unumschränkte Sorgfalt des Kellermeisters drücken jeder Flasche guten Weines den unverkennbaren Stempel auf. Drum ist es wirklich schade, wenn ihn jemand wie Wasser trinkt.

Zum Glück aber gibt es weitaus mehr echte Weinfreunde, die den guten Tropfen sehr zu schätzen wissen. Und all jenen gilt unsere Arbeit für den Wein, die durch langjährige Erfahrung geprägt ist. Seit fast 300 Jahren beschäftigt sich unser Haus mit der Pflege der Weine, und von Generation zu Generation wird das liebevolle Verständnis für dieses herrliche Naturgut weitergegeben.

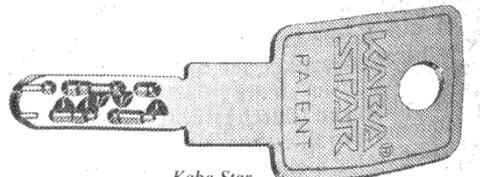
Rufen Sie uns an, Telefon (043) 24 33 33, oder schicken Sie uns eine Postkarte. Sie erhalten von uns dann umgehend völlig unverbindlich unser «Wiibüechli» - eine köstliche Lektüre für jeden Weinfreund.

St. Jakobskellerei
Schuler & Cie. AG
Franzosenstrasse 14
6423 Seewen (Schwyz)



SCHULER-WEINE
ST. JAKOBSKELLEREI
SCHULER + CIE AG SCHWYZ + LUZERN

MIT BAUER KABA LASSEN SICH GESCHÄFTE ERFOLGREICH ABSCHLIESSEN.



Kaba Star.

Das universelle Schliesssystem.

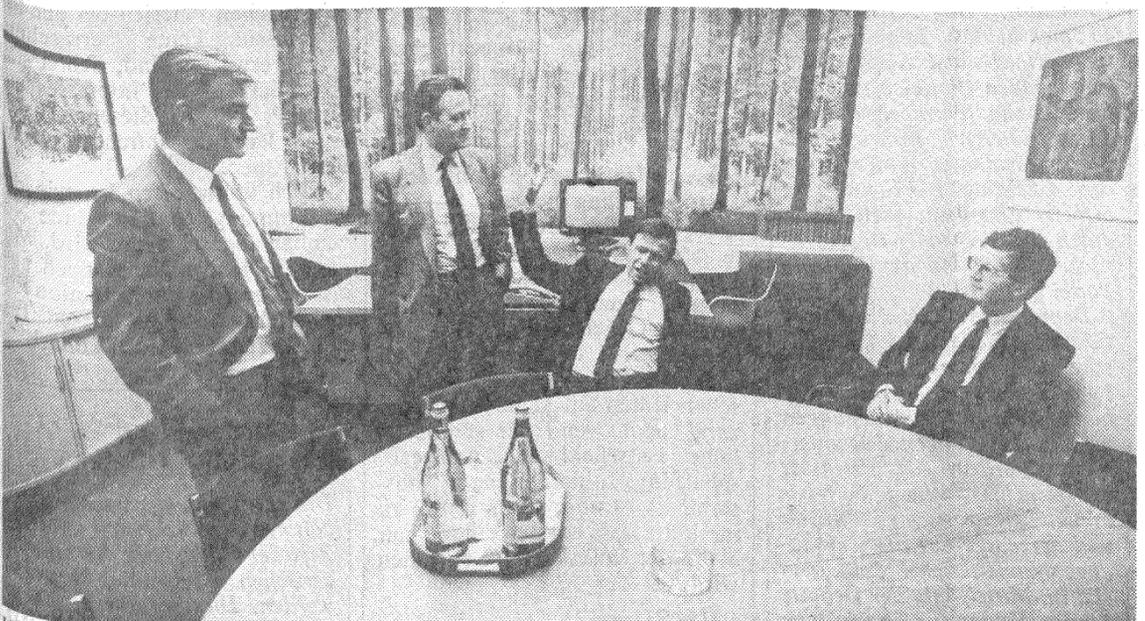
Von Bauer Kaba.



Fraktionspräsident Nationalrat Ulrich Bremi eröffnet im Scheinwerferlicht des Fernsehens und beim Klicken der Photoapparate die Fraktionssitzung.



Die vier Kandidaten begeben sich in den Ausstand. Der Lift, der sie ins Fraktionsbüro bringt, wird allerdings nur einen von ihnen auf einen Bundesratssitz hieven.



Unterschiedlich temperamentvoll wird den Entscheidungen der freisinnigen Fraktion entgegengeblickt.



Der Entscheid ist gefallen. Der Vizepräsident der Fraktion, Nationalrat Claude Frey (NE), der für den (Zürcher) Fraktionspräsidenten das Wahlgeschäft geleitet hat, erläutert Kaspar Villiger den Beschluss der Fraktion. Die Bedeutungsschwere der Stunde lässt sich am Gesichtsausdruck von Bundespräsident Jean-Pascal Delamuraz ablesen. (Photos ruti)

Zur Lage der SBB

Nicht Bekenntnisse, Massnahmen sind gefordert

Der Voranschlag für 1989 und der Mittelfristplan 1990 bis 1994 malen ein düsteres Bild über die finanzielle Zukunft der SBB. Damit setzt sich nachstehend FDP-Nationalrat Dr. Peter Aliesch, Malans GR, auseinander:

Mit dem neuen Budget sind die Bundesbahnen endgültig von der Realität eingeholt worden. Die Zahlen sprechen leider eine andere Sprache als die während allzu langer Zeit gepflegten illusionären Wunschvorstellungen. Der öffentliche Verkehr ist zu fördern und attraktiver zu machen – die beschlossenen und eingeleiteten Massnahmen sind fortzuführen. Trotzdem sollte der Realitätsbezug nicht verlorengehen. Gerade das aber war in der Vergangenheit oft in ganz ausgesprochenem Masse der Fall. Damit jedoch ist weder den SBB noch dem öffentlichen Verkehr gedient, im Gegenteil. Gefordert ist eine vorurteilslose Analyse, und notwendig sind zukunftsfähige Massnahmen.

Zu wenig Geld für den Infrastrukturbeitrag

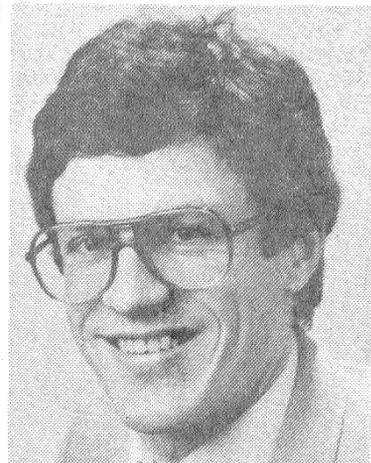
Auch wenn heute die SBB in Parlament und Öffentlichkeit oft etwas kritischer als in den vergangenen Jahren betrachtet werden, ist doch vorneweg festzuhalten, dass sich weder das wirtschaftliche noch das gesetzgeberische Umfeld, sondern nur allenfalls das politische Klima geändert hat. Der Voranschlag und der Mittelfristplan bestätigen lediglich, was bereits früher jedem kritischen Betrachter hätte klar sein sollen: In den nächsten Jahren werden die Bundesbahnen kaum noch einen Beitrag an den Infrastrukturaufwand leisten können. Während die Strassenbenutzer über Steuern und Zölle den Infrastrukturaufwand mittragen, wird das den SBB nicht mehr möglich sein – das ist Tatsache Nummer eins.

Tatsache Nummer zwei ist, dass die SBB den Bund und die Steuerzahler immer mehr kosten werden. Alleine die Abgeltungen und Finanzhilfen werden bis 1994 auf über 1800 Millionen Franken ansteigen; hinzu kommen die hohen Bauaufwendungen. Besonders beunruhigend ist – Tatsache Nummer drei – die erwartete Verschlechterung gegenüber früheren mittelfristigen Planzahlen. Die zukünftige Entwicklung wird heute auch von den SBB und vom Bundesrat weit düsterer vorausgesehen, als dies in den letzten Jahren noch der Fall war. Das erstaunt angesichts des konjunkturellen Umfeldes. Wer in diesen Jahren keine befriedigenden Ergebnisse zustande bringt, wird nie auf einen grünen Zweig kommen. Die SBB befinden sich in dieser unkomfortablen Lage.

Von allen Seiten werden nun andere Massnahmen und Konzepte verlangt. Dagegen ist nicht viel einzuwenden. Doch eine Umkehr zum Besseren ist nur mit weit einschneidenderen Massnahmen als den verlangten zu erreichen. Diese durchzusetzen wird am politischen Widerstand scheitern.

Sorgenkind Güterverkehr

Wo sind denn nun die hauptsächlichen Gründe für die miserable finanzielle Entwicklung der SBB zu orten? Am eindeutigsten wird die Analyse, wenn wir den Güterverkehr betrachten. Leider waren in den vergangenen Jahren – auch dies eine Tatsache – aller Augen und Anstrengungen vorwiegend auf den Personenverkehr gerichtet. Dabei ist seit Jahren bekannt, dass der Güterverkehr das eigentliche Sorgenkind ist. Das



Angebot der SBB im Güterverkehrssegment ist in weiten Bereichen zu wenig attraktiv und wettbewerbsfähig. Zudem sind die fixen und variablen Kosten zu hoch. Was ist in einer derartigen Situation unverzüglich, und nicht erst nach Jahren, zu tun?

Die notwendigen Massnahmen können nur stichwortartig erwähnt werden. Erforderlich ist zum einen ein Investitionsschub – dieser ist teilweise bereits eingeleitet, z. B. mit dem Konzept «Bahn 2000». Verlangt ist zum anderen aber insbesondere ein Innovationsschub im technischen und organisatorischen Bereich. Die SBB haben sich auf ihre Stärke zu besinnen; sich auf ihre Kräfte zu konzentrieren.

Unter der Käseglocke hervorholen

Angesichts des ungenügenden Kostendeckungsgrades der SBB müsste man in der Privatswirtschaft von einem Sterbenskandidaten sprechen. Der einzige kurzfristige Erfolgsansatz, um sich aus dieser «Todesspirale» einer – marktwirtschaftlichen – Unternehmung zu befreien, besteht in massiven Kostensenkungen! Eine Senkung der Fixkosten muss erreicht werden durch neue Konzepte und vor allem durch Desinvestitionen: Nicht betriebsnotwendige Vermögensbestandteile haben die SBB zu verkaufen, um zukunftssichernde Investitionen und neue Konzepte zu finanzieren.

Gefordert ist aber auch ein Umdenken in den Medien, der Öffentlichkeit, in Parlament und Bundesrat. Wir müssen die SBB endlich unter der Käseglocke der selbst auferlegten Unantastbarkeit hervorholen. Den SBB und dem öffentlichen Verkehr ist mit einer harten, aber fairen, einer offenen, jedoch aufbauenden Kritik und daraus abgeleiteten, manchmal sicher gezwungenermassen unpopulären Massnahmen eher gedient als mit blauäugigen und schönfärberischen Reden und Bekenntnissen.

Garten- und Landschaftsarchitekten,
Erdbauingenieure

Spross

Wir planen, bauen, sanieren
und pflegen auch Ihren Garten
für Ihre sympathische Umwelt

Spross Ga-La-Bau AG Zürich
Garten- und Landschaftsbau 01-4 62 62 62

Vorstösse von freisinniger Seite

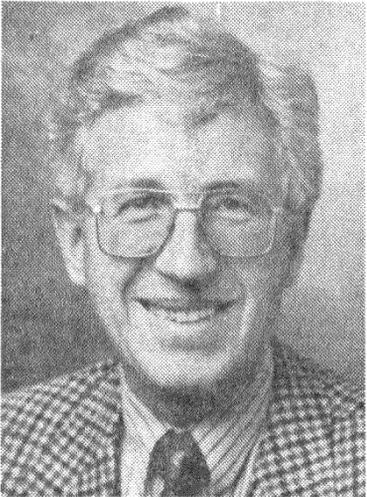
Kampf der Bodenspekulation

Lange vor der Abstimmung über die sogenannte Stadt-Land-Initiative hat die FDP der Schweiz zum Ausdruck gebracht, dass sie mit gezielten Massnahmen die Bodenproblematik lösen will.

An ihrer Absicht hält die Partei, die dazu eigens eine Arbeitsgruppe eingesetzt hat, fest. Gehandelt wurde nach dem eidgenössischen Urnengang vom 4. Dezember 1988, dem Tag der deutlichen Ablehnung der Stadt-

Land-Initiative, auch von freisinnigen Parlamentariern. Ständerat Prof. René Rhinow (Seltisberg) sowie Nationalrat und Stadtmann Dr. Urs Scheidegger (Solothurn) erläutern die von ihnen eingereichten Motionen:

Rhinow: Nach den Worten nun Taten



Ständerat René Rhinow (FDP, BL)

Wohnungsbau vermehrt gefördert werden. Der Druck der institutionellen Anleger auf den Bodenmarkt soll gemildert und, da häufig eingezontes Land noch nicht erschlossen, d. h. baureif ist, die Erschliessung vorangetrieben werden. Schliesslich müssen Vorkehrungen zur flächensparenden Bauweise und zur Erneuerung der bestehenden Bausubstanzen getroffen werden.

Unser Bodenmarkt verlangt dringend nach fördernden, korrigierenden und – im Baurecht – auch deregulierenden Massnahmen. Diese sind rasch, wirksam und vollzugstauglich auszugestalten. Die von mir eingereichte Motion betrifft die Situation auf dem allgemeinen Bodenmarkt. Sie umfasst weder das bauerliche Bodenrecht noch das Mietrecht. Diese Bereiche sind beide bereits beim Parlament hängig. Hier liegt es an den eidgenössischen Räten, griffige Bestimmungen zu beschliessen. Meine Motion zur «Verbesserung der Situation auf dem Bodenmarkt» hat folgenden Wortlaut: «Der Bundesrat wird eingeladen, so rasch wie möglich wirksame und vollzugstaugliche Bestimmungen zur Verbesserung der Situation auf dem Bodenmarkt zu erlassen. Diese sollen insbesondere dazu dienen,

- das selbstgenutzte Wohneigentum sowie den Wohnungsbau zu fördern,
- die Spekulation zu bekämpfen,
- der Baulandhortung entgegenzuwirken,
- den Druck institutioneller Anleger auf dem Bodenmarkt zu mildern,
- die rechtzeitige Erschliessung der richtig dimensionierten Bauzonen voranzutreiben,
- die flächensparende Bauweise und die Erneuerung der bestehenden Bausubstanz zu fördern.»

Scheidegger: Sperrfrist für Bauland unumgänglich

Der Boden gerät in der Schweiz (dies hat nicht erst die Abstimmung über die sogenannte Stadt-Land-Initiative gezeigt) immer mehr in den Vordergrund des gesellschaftlichen, politischen und ökologischen Interesses. Das überrascht angesichts der zahlreichen Rollen, die er zu erfüllen hat, und der damit zusammenhängenden vielfältigen Ansprüche an diese knappe Ressource keineswegs. Der Druck auf den Boden hat sich insbesondere in den letzten beiden Jahren akzentuiert. Extreme Spekulationsfälle werden aus der ganzen Schweiz gemeldet, keineswegs nur aus den Hauptzentren, was sich in den peripheren Lagen besonders gra-



Nationalrat Urs Scheidegger (FDP, SO)

vierend für Eigenheime und Eigentum für Neu- und Kleinbetriebe auswirkt.

Die Hintergründe dieser ungesunden Entwicklung sind vielfältig. Zu den realen Ansprüchen an den knappen Boden kommt, sagen wir es gelinde, eine unheilige, die Bodenpreise explodieren lassende Spekulation; eine Spekulation, die vor allem auch auf die Milliarden aus den Einlagen

für die zweite Säule – die sogenannte berufliche Vorsorge (BVG) – hofft, und zwar unbekümmert um strukturpolitische und volkswirtschaftliche Konsequenzen, die schliesslich in einer langfristigen Verschlechterung der schweizerischen Standortfaktoren enden müssen. Man wird unweigerlich an das alte Sprichwort erinnert: «Je besser der Boden, desto besser das Unkraut.»

Lösungsansätze für die Bodenproblematik sind auf vielerlei Kanälen zu initiieren (landwirtschaftliches Bodenrecht, Raumplanungsgesetzesrevision, Eigentumsförderung mit BVG-Geldern, Änderung der Anlagepolitik BVG). Eine Form, das Bodenproblem anzugehen, insbesondere die Bodenspekulation zu bekämpfen, ist, die Sperrfrist, wie man sie seit Jahrzehnten für das Landwirtschaftsland in Artikel 218 im Obligationenrecht kennt, auch auf das Bauland auszudehnen.

Die Sperrfrist für Bauland wurde mit der Botschaft des Bundesrates von 1963 eingeführt. Im Differenzbereinungsverfahren zwischen Ständerat und Nationalrat fiel diese Regelung leider weg. Die bundespolitische Situation hat sich aber so verschärft, dass heute dringend die vom Bundesrat im Jahre 1963 vorgeschlagene Regelung getroffen werden muss. Allerdings muss die Sperrfrist von damals drei auf nun fünf Jahre heraufgesetzt werden (im übrigen im inhaltlichen Einklang mit einer laufenden Initiative des Hauseigentümergebietes Zürich). Ich habe deshalb eine entsprechende Motion eingereicht, die als eine Sofortmassnahme im Kampf gegen die Bodenspekulation dienen soll.

Liberaler Weltkongress in Paris

Der diesjährige Kongress der Liberalen Welt-Union findet vom 12. bis zum 14. Oktober in Paris statt. Gastgeber der rund 45 mehrheitlich aus Westeuropa, Nord- und Südamerika stammenden Parteien ist der französische Parti républicain des früheren französischen Staatspräsidenten Valéry Giscard d'Estaing. Die Schweiz ist in der Liberalen Welt-Union durch die Freisinnig-Demokratische Partei und die Liberale Partei vertreten.

Dem Kongress wird ein ausführliches Papier über die politische Relevanz der Französischen Revolution, deren Zweihundertjahrfeier 1989 begangen wird, in der heutigen Zeit unterbreitet werden. Als Verfasser des Berichts zeichnet der ehemalige französische Minister und derzeitige liberale Europa-abgeordnete Michel Poniatowski. Im Mittelpunkt der Debatte werden Fragen zur Entwicklung der Menschen- und Bürgerrechte nicht nur in den westlichen Industriestaaten, sondern auch im Ostblock und in den Entwicklungsländern stehen.

Ferner wird der Kongress, wie üblich, auf Antrag der Mitgliedsparteien Resolutionen zu aktuellen internationalen Problemen verabschieden. So zur internationalen Verschuldung und zur Bedrohung des internationalen Freihandels durch neue und alte Protektionismen; beides Themen, die aus schweizerischer Sicht von besonderem Interesse sind. – Zum Kongress, der mit der feierlichen Übergabe des jährlich verliehenen Freiheitspreises enden wird, werden rund 400 Delegierte und Beobachter, darunter zahlreiche Minister und Parteiführer, erwartet.

Für nähere Auskünfte wenden sich Interessenten bitte an das FDP-Generalsekretariat, Herr Ulrich König, Telefon (031) 22 34 38.

Zum eidgenössischen Abstimmungsjahr 1989

Kaum Schwerarbeit für die Urnengänger

Dieses Jahr wird für die Urnengänger zumindest auf eidgenössischer Ebene aller Voraussicht nach nicht Schwerarbeit bringen. Weshalb, erläutert FDP-Pressechef Christian Beusch:

Zum einen, weil der Bundesrat von den traditionellen vier Abstimmungsterminen bereits jenen im Frühjahr gestrichen hat (womit nur noch jene vom 4. Juni, 24. September sowie 26. November verbleiben), und zum anderen, weil im jetzigen Zeitpunkt nicht viele Geschäfte abstimmungsreif sind oder es demnächst werden.

Ferner steht keine der in der Dezembersession vom Parlament verabschiedeten Vorlagen unter dem Damoklesschwert eines Referendums. Eine entsprechende Drohung schwebte zwar während geraumer Zeit über der Revision des Milchwirtschaftsbeschlusses. Nachdem aber (vorerst) auf den umstrittenen Passus, die beschränkte Handelbarkeit von Milchkontingenten, verzichtet wurde, ist von keiner Seite her die Ergreifung des Referendums angekündigt worden.

Noch nicht entschieden

Noch hat die Landesregierung nicht darüber entschieden, wann welche Vorlagen zur Abstimmung gelangen. Überlegungen werden von zuständiger Seite dahingehend angestellt, dass im Juni Volk und Ständen die Kleinbauern-Initiative sowie das Volksbegehren «pro Tempo 130/100» unterbreitet werden, während beim Septembertermin die Armeeabschaffungs-Initiative als einziges eidgenössisches Geschäft zum Entscheid anstünde. Die beiden ersten Volksbegehren sind abstimmungsreif, während sich zur Armeeabschaffungs-Initiative erst der Nationalrat geäussert hat; die Behandlung des Geschäftes in der Ständekammer ist für die zweitägige ausserordentliche Session Ende Januar/Anfang Februar traktandiert. Bei allen drei Begehren reagierte der Bundesrat mit einem klaren Nein und verzichtete auch darauf, ihnen direkte oder indirekte Gegenvorschläge gegenüberzustellen. Die drei Initiativen stiessen auch in den eidgenössischen Räten auf keine Unterstützung, auch wenn der ständerätliche Entscheid zur Armeeabschaffungs-Initiative noch aussteht. Es ist aber kaum daran zu zweifeln, dass er noch eindeutiger als in der Volkskammer ausfallen wird...

Engagierte Abstimmungskämpfe zu erwarten

Der Abstimmungskampf dürfte bei allen Vorlagen heftig und engagiert ausfallen. Die Kleinbauern-Initiative, die von Denner-Chief Schwenk «gesponsert» wird, kann auf die Unterstützung nicht-bäuerlicher Kreise rechnen, die vorab im politischen linken und/oder ökologischen Bereich beheimatet sind. Darüber hinaus dürfte sie zu einer erneuten Belastungsprobe für die grossen bäuerlichen Organisationen werden, die sich schon gegen die Lancierung der Initiative wandten. In diesem Milieu wurde denn auch die Frage eines Gegenvorschlages einlässlich diskutiert.

Umstrittene Tempolimiten

Die Chance der Initiative «pro Tempo 130/100» sind im gegenwärtigen Zeitpunkt schwierig abzuschätzen. Das deutliche Nein der beiden Kammern der eidgenössischen Räte wie auch die

Meinung in der obersten Landesbehörde geben kaum die Stimmung in der Öffentlichkeit wieder. Der Bundesrat hat es in der Hand, den Abstimmungsausgang zu beeinflussen. Die heute geltenden Limiten von 120 auf Autobahnen und 80 ausserorts sind bis Ende 1989 befristet. Im Siebnergremium ist bereits über die Ersetzung oder Erneuerung der Geschwindigkeitsbegrenzungen diskutiert, ein Entscheid jedoch aufgeschoben worden mit der Begründung, man wolle eine in Auftrag gegebene Studie für zusätzliche Massnahmen zur Reduktion der Luftverschmutzung abwarten. Sollte sich der Bundesrat dazu entschliessen, wie von verschiedener Seite gefordert, unter Ausdehnung seiner Kompetenzen 130 auf Autobahnen sowie «80 plus» ausserorts (also mit der Möglichkeit, auf entsprechend ausgebauten Strassen die Höchstgeschwindigkeit heraufzusetzen) festzulegen, dürfte er damit nicht nur bei den drei bürgerlichen Bundesratsparteien, sondern auch bei den Automobilverbänden auf Zustimmung stossen.

Armeeabschaffungs-Initiative: Probleme für SP und Grüne

Entgegen den Behauptungen der Initianten läuft bereits die Diskussion über die Armeeabschaffungs-Initiative. Und diese dürfte sich im Vorfeld des Urnengangs von Ende September noch akzentuieren. Während von seiten der bürgerlichen Parteien bei der Parolenfassung keine Überraschungen zu erwarten sind, richtet sich das Blickfeld des Interesses auf die SP, die zu diesem Thema einen Parteitag durchführt, und die Grünen.

Noch völlig offen ist, wie das Abstimmungsjahr 1989 Ende November abgeschlossen wird. Momentan sieht es gar danach aus, als ob analog der Situation für das Märzdatum auf diesen Termin verzichtet werden könnte.

Mit Türkei-Hilfe Asylpolitik entlasten

Die Entwicklungszusammenarbeit mit der Türkei soll mit dem Ziel der Entlastung der schweizerischen Asylpolitik verstärkt werden. Dies fordert in einem Vorstoss Nationalrat Ernst Mühlemann. Der Thurgauer Freisinnige begründet seinen Vorschlag damit, dass einerseits die Schweiz für anerkannte Asylanten weiterhin offenbleiben soll, andererseits «wirtschaftsorientierten Wanderbewegungen zielgerichtet an der Quelle» angegangen werden sollen.

Nationalrat Mühlemann erwartet deshalb mit Blick auf die in den letzten Monaten ausgeprägt gestiegene Zahl türkischer Asylbewerber vom Bundesrat, dass dieser die Prioritäten in der Entwicklungszusammenarbeit verändert und sie in der Türkei verstärkt. Insbesondere verlangt er Entwicklungsprojekte in der Osttürkei, die unter grosser Arbeitslosigkeit leiden, sowie eine betreute Rückführung abgewiesener türkischer Asylbewerber. Ebenso fordert er den Bundesrat auf, die türkischen Regierungsstellen zu einer kooperativen Mitarbeit zu veranlassen.



Überaus erfolgreich verlief die Arbeitstagung der FDP der Schweiz zum Thema Fortpflanzungsmedizin in Baden. Unsere Photos (Bilder ruti) vermitteln darüber einen Einblick. Dabei war auch Ständerat Kaspar Villiger (auf dem Bild im Gespräch mit Bundespräsident Jean-Pascal Delamuraz, Parteipräsident Ständerat Bruno Hunziker und Fraktionspräsident Nationalrat Ulrich Bremi). Umsichtig geleitet wurde die Tagung durch die Aargauer Grossrätin (und Biochemikerin) Dr. Stéphanie Mörkofer-Zwez (links). In die Materie führte Ruth Reusser (Mitte), Sektionschefin im EJPD, ein. Über die Erfahrungen im Kanton St. Gallen erstattete dessen Gesundheitsdirektor, Regierungsrat Burkhard Vetsch (rechts), Bericht.



Natürlich von La Paz.



Die unkomplizierten Cigarillos für jede Tageszeit. La Paz Palitos. Ideal für Umsteiger, die sich nach dem besseren Geschmack sehnen. Aus naturreinen Qualitätstabaken mit dem Charakter der typischen La Paz-Mélange. Doppelt umhüllt mit einem erstklassigen Java-Deckblatt. Und darum mild und aromatisch vom ersten bis zum letzten Zug.

Lebendige Naturprodukte eben. So, wie das Siegel zeigt. Für alle, die das Unverfälschte und Ehrliche mögen.

La Paz Palitos: Einfach gut.



Aussenpolitische Lageanalyse

Von Afghanistan bis Angola

1988 war in mancher Hinsicht ein bemerkenswertes Jahr. Eine aussenpolitische Lageanalyse von Auslandredaktor Jacques Baumgartner:

Nach achtjährigem Krieg schlossen ein erschöpfter Irak und Iran ein Waffenstillstandsabkommen, begannen die Sowjets im neunten Kriegsjahr ihre Truppen aus Afghanistan abzuziehen, rücken nach zehn Okkupationsjahren die Vietnamesen teilweise aus Kambodscha ab, vereinbarten die Vereinigten Staaten und die Sowjetunion, ihre nuklearbestückten Mittelstreckenwaffen zu vernichten, versprach der sowjetische Partei- und Staatschef, Michail Gorbatschew, die Rote Armee einseitig um eine halbe Million Mann zu reduzieren und sechs Panzerdivisionen aus Osteuropa abzuziehen.

Die Amerikaner vermittelten mit sowjetischem Beistand einen Abzug der Kubaner aus Angola und Unabhängigkeit für das seit 73 Jahren von Südafrika verwaltete Namibia/Südwestafrika. Und Yassir Arafat, Anführer der Palästinensischen Befreiungsorganisation (PLO), «schwor» jeglichem Terrorismus ab und anerkannte das Existenzrecht Israels. Es hat den Anschein, für einmal überwiege das Positive und dieses werde auch 1989 das Negative verdrängen. Negative Brennpunkte, die es in gewissem Sinne zu bannen gilt, gibt es von Afghanistan bis Angola.

Afghanistan: Sieg nicht gleich Frieden

In Afghanistan ging der Krieg am Jahresende ins zehnte Jahr. Doch scheinen die Sowjets fest entschlossen, bis zum 15. Februar ihre schätzungsweise 120 000 Mann aus dem zentralasiatischen Nachbarland abgezogen zu haben. Für die Sowjetunion mag ein Albtraum zu Ende gehen, noch nicht aber für die Afghanen, deren Land in Trümmern liegt. Über eine Million Tote sind zu beklagen. Es dürfte nur noch eine Frage der Zeit sein, wie lange sich das bis anhin vom Kreml gestützte kommunistische Regime in Kabul an der Macht halten kann. Ein Blutbad ist denkbar, und der Sieg der Mujahedin genannten «heiliger Krieger» verheisst noch keinen Frieden. Die verschiedenen Widerstandsorganisationen sind sich noch uneins darüber, wie die – politische – Zukunft gestaltet werden soll. Die Uneinigkeit könnte in Stammeskämpfe münden, ehe in Afghanistan tatsächlich der Frieden einzieht.

Das Angola-Namibia-Abkommen zwischen Kuba/Angola und Südafrika bringt dem südlichen Afrika teilweise Entspannung. Namibia wird die Unabhängigkeit erlangen, der Frieden in Angola aber weiterhin auf sich warten lassen. Das bis anhin von Havanna mit 60 000 Söldnern an

der Macht gehaltene Regime der marxistischen Volksbewegung (MPLA) in Luanda weigert sich, mit der Widerstandsbewegung der Nationalen Union für die völlige Unabhängigkeit Angolas (Unita) über Frieden, Regierungsmitheteiligung zu verhandeln. Die Unita besteht auf freien Wahlen, wie 1975 im Unabhängigkeitsabkommen von Alvor mit der einstigen Kolonialmacht Portugal vereinbart worden war.

Stabilität für das südliche Afrika?

Echte Stabilität im südlichen Afrika hängt nicht nur von der Beendigung des Bürgerkrieges in Angola ab, sondern auch von der «inneren Befriedung» in Südafrika. Diese ist ein langwieriger Prozess, der wahrscheinlich sowohl für die Weissen als auch die Schwarzen noch schmerzhaft sein wird. Der internationale Druck auf, das heisst die wirtschaftlichen Sanktionen gegen Südafrika dürften sich 1989 verschärfen. Wie rasch und wie weit die weisse Regierung in Pretoria mit ihren Reformen vorangehen will, dürfte sich nach den Parlamentswahlen in der ersten Jahreshälfte zeigen. Hält der Zulauf der weissen Wähler zur Konservativen Partei an, so bedeutete dies einen Schritt rückwärts. Kann hingegen die seit 1948 regierende Nationale Partei ihren Mandatsbestand bewahren, so dürfte die Regierung ihre «moderate» Reformpolitik fortsetzen.

Hoffnung besteht, dass 1989 Marokko und die Widerstandsbewegung der Polisario ihren dreizehnjährigen Kleinkrieg um die bis 1974 zu Spanien gehörende Westsahara beenden. Nigeria, Afrikas bevölkerungsreichster Staat, will im neuen Jahr wieder einen Schritt in Richtung Demokratie wagen: Die von den Militärs gebannten Parteien dürfen sich formieren und probenhalber an Gemeindewahlen im Frühjahr teilnehmen. Ein Ende der Bürgerkriege in Äthiopien und im Sudan ist nicht in Sicht: die Menschen in diesen Ländern werden weiterhin hungern.

Bewegung im Nahen Osten

Der Nahe Osten droht derzeit nicht zu explodieren, doch der Weg zum Frieden ist nicht kürzer geworden. Auf einer internationalen Konferenz unter der Schirmherrschaft der Vereinten Nationen (Uno) beziehungsweise der fünf Ständigen Mitglieder des Uno-Sicherheitsrates (Vereinigte Staaten, Grossbritannien, Frankreich, China und Sowjetunion) dürfte keine umfassende Lösung gefunden werden. Eine solche Konferenz hat die PLO vorgeschlagen. Die PLO sieht ihren im November in Algier proklamierten palästinensischen Staat in den Grenzen, das heisst im Rahmen des Uno-Palästina-Teilungsplans von 1947. Seinerzeit war diese Teilung von den arabischen Staaten, den Palästinensern abgelehnt worden. Das Problem besteht darin, dass heute und wohl in Zukunft die Israeli diesen Plan ablehnen. Möglicherweise akzeptierte Israel einen palästinensischen Staat an seinen Grenzen, wenn dieser auf eine eigene Armee verzichtete.

Überlebt Gorbatschew, so werden ihn, die Sowjetunion Wirtschafts-, Versorgungs- und Nationalitätenprobleme sowie zunehmend unbotmässige Verbündete in Atem halten. Der sowjetische Partei- und Staatschef dürfte versucht sein, sich auf dem aussen-

politischen Parkett etwas Luft zu verschaffen und Erfolge einzuheimsen. Ein Höhepunkt wird seine Begegnung in der ersten Jahreshälfte mit dem chinesischen Altreformer Deng Xiaoping in Peking sein. China wiederum muss seine Reformen in Richtung noch mehr freie Marktwirtschaft bremsen, da die Konjunktur überhitzt ist.

Weiterhin Probleme in Südamerika

Argentinien, Brasilien und Mexiko gehen unruhigen politischen Zeiten entgegen. Die ungeheure Auslandsverschuldung dieser Staaten unterminiert den Lebensstandard. Der Schuldendienst verschlingt die Ressourcen, blockiert wirtschaftliches Wachstum, fördert soziale Spannungen und politische Instabilität. In Argentinien, Brasilien sowie in Bolivien, Chile, El Salvador, Honduras und Uruguay stehen Wahlen bevor: Demokratie ist hauchdünn. Noch keine Chance hat die Demokratie in Nicaragua, wo die Sandinistas ihre Macht festigen dürften.

Angesichts fortgesetzter Charme-Offensive Gorbatschews werden westeuropäische Regierungen an ihre Wähler appellieren müssen, in der Verteidigungsbereitschaft nicht zu erlahmen. Gewiss, die Zeichen stehen für 1989 nicht auf Sturm, eher auf Kooperation und nicht auf Konfrontation zwischen Ost und West. Doch für Wunschdenken und Illusionen ist es auch 1989 noch zu früh.

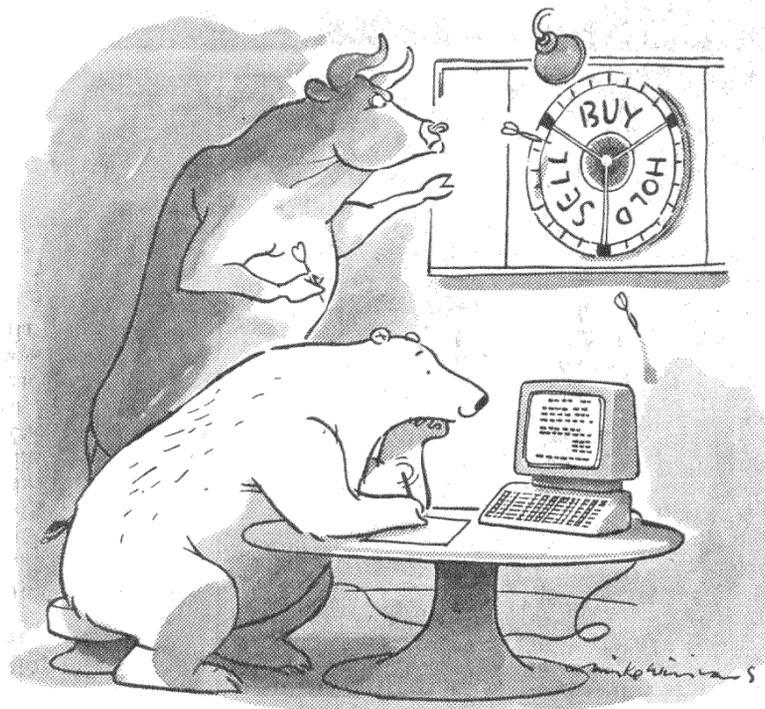
Lokalradio: Positive Bilanz

Die Einführung des Lokalradios hat gezeigt, dass dieses Medium einem Bedürfnis entspricht. Darüber hinaus hat die dadurch entstandene Konkurrenz beim SRG-Radio zu einer qualitativen Verbesserung und insbesondere einem bedeutenden und positiv zu wertenden quantitativen Ausbau der Regionalberichterstattung geführt. Diese Bilanz zog die Studien-Gruppe Medienpolitik der Freisinnig-Demokratischen Partei der Schweiz (FDP) bei einer Beurteilung des nun etwas über fünfjährigen Lokalradioversuchs.

Für das von Nationalrat Ulrich Bremi (Zollikon ZH) geleitete Gremium sind die für die Lokalradios geltenden Auflagen sowohl in sendetechnischer wie werblicher Hinsicht weiterhin zu restriktiv, und es erhebt einmal mehr die Forderungen nach entsprechenden Lockerungen. Es bekräftigte zudem seine bisher eingenommene Haltung, wonach sich die SRG aus den Konzessionsgebühren sowie den Einnahmen aus der Fernsehwerbung zu finanzieren hat. Insbesondere wendet es sich gegen eine Gebührensplitterung, wie dies im gegenwärtig zur Diskussion stehenden Radio- und Fernsehgesetz vorgesehen ist.

Mit Bedauern wurde in der freisinnigen Studiengruppe festgestellt, dass es bis heute nicht gelungen ist, bezüglich Sende-

leistungen, Dauer der Werbung sowie deren Inhalt einheitliche europäische Normen aufzustellen. Benachteiligt von dieser Situation sind vorab die schweizerischen Lokalradiostationen, die zum Teil in erheblicher Konkurrenz mit ausländischen Stationen stehen, die keine derart einschränkenden Vorschriften wie die hiesigen Veranstalter kennen. Das medienpolitische Fachgremium der FDP der Schweiz erwartet zudem, dass die Frage der Abgeltung gemeinwirtschaftlicher Leistungen, die die Lokalradios zugunsten von Kantonen und Gemeinden – so beispielsweise innerhalb der jeweiligen Alarmierungskonzepte – erbringen, einlässlich erörtert und nach Lösungsmöglichkeiten gesucht wird, die den gegenseitigen Interessen Rechnung tragen. In der Aussprache, die durch Referate von Hans-Peter Meng, Programmleiter «Radio Z», und dem ehemaligen Chefredaktor von «Radio Thurgau», Heinz Ruprecht, eingeleitet wurde, fanden die von den PTT zugunsten der Lokalradios erbrachten Dienstleistungen nicht vollumfängliche Zustimmung. Insbesondere wurde die mangelnde Flexibilität seitens der PTT kritisiert, jedoch auch anerkannt, dass die anfänglichen Schwierigkeiten nun weitgehend behoben worden sind, auch wenn noch nicht alle Wünsche der Lokalradios erfüllt worden seien.



Gewisse Dinge sollte man nicht dem Zufall überlassen.

Schon gar nicht die Wahl seines Vermögensberaters. Wenn Ihr Anlageziel langfristig auf das Bewahren und Mehrten Ihres Vermögens ausgerichtet ist, sollten Sie mit uns sprechen.

Die Bank Julius Bär ist mit über vierzigjähriger Spezialisierung in der internationalen Vermögensverwaltung auf eine optimale, weltweite Risikostreuung bedacht. Mit einer zwar konservativen, aber dennoch innovativen Anlagepolitik. Diese gesunde Mischung ist gerade in turbulenten Zeiten eine von privaten und institutionellen Anlegern geschätzte Investmentstrategie.

JB^{co}B

BANK JULIUS BÄR

For the Fine Art of Swiss Banking

Zürich, Bahnhofstrasse 36, 8010 Zürich · Genf · London · New York

Ein Gesetz weniger,
eine Freiheit mehr.

FDP
Freisinnig-Demokratische Partei